Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 30. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1534. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 66. Sonnabend, 17. März 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennige durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 7 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 65. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Kampf um Formeln.

Auch der gläubigste Optimist wird nicht behaupten wollen, daß der Wiederzusammentritt der sogenannten Abrüstungskommission in Genf diesmal sich unter einem günstigeren Zeichen vollzieht als das letzte Mal oder in all den Jahren, die uns vom Kriegsende trennen. Es gibt allerdings gewisse neue positive Werte, die die Abrüstungskommission diesmal auf ihr Konto buchen könnte. Nicht weniger als drei Nichtmitglieder des Völkerbundes haben sich diesmal bereit erklärt, sich durch eigene Delegierte auf der nunmehr begonnenen Tagung vertreten zu lassen. Die Anwesenheit der Amerikaner, der Russen und der Türken ist insofern von einer großen Bedeutung, als die Mitarbeit dieser bisher abseits gebliebenen militärstarken Staaten eine der Hauptvoraussetzungen wäre für ein Ergebnis der Abrüstungsverhandlungen. Man kann also die Tatsache, daß diese drei Nationen jetzt auch in Genf zu Worte kommen, als einen Fortschritt bezeichnen, der der Sache dienen könnte, wenn die Mehrheit gewillt wäre, diese seit nahezu zehn Jahren bestehende Angelegenheit und Verpflichtung endlich in Ordnung zu bringen.

Leider sieht es nicht so aus, als ob die nächsten Tage den Abrüstungsgedanken ein wesentliches Stück weiter bringen würden. Nach wie vor herrscht in Genf die Tendenz vor, sich weniger mit der Abrüstung selbst zu beschäftigen, als mehr mit dem Kampf um gewisse Formeln, die diese von so manchen Großstaaten ungern gesehene Abrüstung „denaturieren" könnten. Wenn auch die Fragen der Sicherheit und der Abrüstung hauptsächlich auf Betreiben Deutschlands jetzt getrennt und von gesonderten Kommissionen behandelt werden sollen, so liegt doch noch kein Anzeichen vor, daß die bisherigen Hauptsaboteure des Abrüstungsgedankens jetzt gewillt wären, die Verquickung dieser beiden Begriffe im Interesse einer Lösung der Probleme aufzugeben. Der Schrei nach Sicherheit ist immer noch das große Ablenkungsmanöver Genfs, das nützliche und dienliche Mittel, mit dem das Problem der Abrüstung selbst in den Hintergrund geschoben werden soll. In diesem Schrei nach einer Sicherheit liegt eine so maßlose Heuchelei, daß man schier verzweifeln könnte, daß jemals der Artikel 8 der Völkerbundssatzung Wirklichkeit werden kann: „Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist." So lautet der Artikel 8 der Genfer Satzungen. Er wird ergänzt durch die Abrüstung der Mittelmächte, aber durch eine Abrüstung, die, wie es in den Satzungen heißt, unter der Voraussetzung erfolgt, daß sie „die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen" darstellt. Die Formulierung dieser Bestimmungen ist so eindeutig, unmißverständlich, daß eine eingehende Auslegung dieser Anordnungen sich erübrigen dürfte. Der Sinn, die Absicht und der Zweck dieser Bestimmungen leuchten deutlich hervor, satzungsgemäß festgelegt sind sie zu einem Recht geworden. Daß dieses Recht von den Trägern Genfs noch nicht erfüllt wurde, vervollständigt den Beweis, daß am blauen See Macht, Siegerdünkel und Chauvinismus stets vor dem Recht marschieren sollen.

Zum Sicherheitsproblem einige Daten, die besser als Worte die maßlose Heuchelei Genfs umschreiben: Frankreich hat eine Heeresstärke von 740 000 Mann. Sein Militärbudget nimmt 18 Prozent des gesamten Etats in Anspruch. Frankreich besitzt 2100 Luftfahrzeuge, 5800 Tanks und 4000 Geschütze. England hat eine Heeresstärke von 350 000 Mann, sein Militärbudget nimmt 15 Prozent des Gesamtetats in Anspruch. Es besitzt 1900 Luftfahrzeuge, 500 Tanks, 460 Geschütze, die Marinestreitkräfte seien hier nicht mit gerechnet. Italien hat eine Heeresstärke von 694 000 Mann, sein Militärbudget nimmt 22 Prozent des Gesamtetats in Anspruch. Es besitzt 2000 Luftfahrzeuge, 2000 Tanks, 3600 Geschütze. Das kleine Polen hat eine Heeresstärke von 310 000 Mann, sein Militärbudget nimmt 39 Prozent (!) des Gesamtetats in Anspruch. Es hat 250 Luftfahrzeuge, 150 Tanks, 2000 Geschütze. Rechnet man zu der militärischen Stärke dieser Staaten noch den Rüstungsstand Belgiens und der Tschechoslowakei hinzu, so ergibt sich eine Gesamtheeresstärke dieser Staaten von 2 316 000 Mann, die über 6072 Flugzeuge, 6800 Tanks und 8223 Geschütze verfügt. Der Genfer Schrei nach Sicherheit richtet sich wohl in der Hauptsache nach einer Sicherheit vor Deutschland. Welche „Kriegsstärke" kann nun die kleine deutsche Wehrmacht diesem Millionenaufgebot seiner Nachbarn entgegenstellen: rund 100 000 Mann, keine Flugzeuge, keine Tanks, 292 Geschütze! Diese Zahlen sprechen für sich. Jedes weitere Wort der Kennzeichnung erübrigt sich.

Die Genfer Siegerstaaten können vielleicht auch behaupten, daß ihr Schrei nach Sicherheit sich auch an die russische Adresse richtet. Auch diese Umdeutelung ist eine Heuchelei. Die Russen haben in Genf die Forderung einer radikalen und völligen Abrüstung aufgestellt. An ihrem bösen Willen kann also die Sicherheitsfrage wirklich nicht scheitern. Wobei allerdings zuzugeben ist, daß Moskau von vornherein mit der Ablehnung seiner radikalen Vorschläge rechnete, was den Wert ihrer Anregungen natürlich sehr herabsetzt. Aber nichtsdestoweniger, der russische Vorschlag liegt vor, und zwar in offizieller Form. Würden die Siegermächte jetzt Moskau beim Worte nehmen, so müßte die Sowjetarmee abgerüstet werden, was auch die Sicherheit der Welt vor Rußland vervollständigen würde. Die deutsche Delegation hat eine Unzahl von Sicherheitsvorschlägen und praktischen Abrüstungsplänen schon seit langem zur Diskussion gestellt. Zu ihnen tritt jetzt noch ein weiterer deutscher Vorschlag, der die vollständige Offenlegung des gesamten Rüstungsstandes aller Völkerbundsmitglieder zu Lande, zu Wasser und in der Luft vorsieht. Wer diesem Vorschlag eine Annahme prophezeit, kennt Genf nicht.

Keine Erhöhung der Postgebühren.

Eine Rede des Ministers Dr. Schätzel. — Die Beratung des Reichspostetats.

Deutscher Reichstag.

vdz. Berlin, am 16. März, 14 Uhr.

Ohne Aussprache wird in allen drei Lesungen eine Vorlage angenommen, durch die die Geltungsdauer des Gesetzes zur

Regelung des Verkehrs mit Milch

bis zum 31. März 1929 verlängert wird.

Die deutsch-niederländische Vereinbarung wegen der Verzollung von Hohlglas in Deutschland wird gleichfalls debattelos in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das deutsch-schweizerische Uebereinkommen über die Arbeitslosenversicherung der Grenzgänger und die revidierte Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums.

Angenommen wird weiter ein Antrag, der die Geltungsdauer des

Gesetzes zur Entlastung des Reichsgerichts

bis zum 30. Juni 1929 verlängert.

Es folgt nun die zweite Beratung des

Haushalts des Reichs-Postministeriums.

Reichspostminister Dr. Schätzel weist darauf hin, daß er den Reichstag über die Entwicklung der Reichspost durch Uebermittelung der monatlichen Geschäftsberichte unterrichtet habe. Die Finanzlage gestatte es nicht, bei den Neubauten und den Neuanlagen von Fernsprechämtern im bisherigen Tempo fortzufahren. Für das Jahr 1928 müsse sich die Post auf eine Anleihe von 50 Millionen beschränken. Sollten sich die Einnahmen günstiger gestalten als der Voranschlag, so werde das Ministerium weitere Mittel für Fernsprech- und Bauwesen anfordern.

In den Befürchtungen wegen einer Erhöhung der Fernsprechgebühren erklärt der Minister: Gebühren-Erhöhungen werden solange nicht in Frage kommen als der jetzige Preisstand der Wirtschaft bestehen bleibt. Im Gegenteil halte ich im Fernsprechwesen Tariferleichterungen für notwendig, sobald die Finanzlage das ohne Beeinträchtigung der allgemeinen Verkehrs-Interessen zuläßt. Die Einrichtungen der deutschen Post und Telegraphie sollen der deutschen Wirtschaft ein tatkräftiger Helfer im Wiederaufbau sein, dürfen aber andererseits hinter den Verkehrseinrichtungen der anderen Länder nicht zurückstehen. (Beifall.)

Abg. Seppel (Soz.) bedauert, daß die an sich begrüßenswerte Rationalisierung des Postbetriebes auf Kosten der Beamten durchgeführt worden sei. Er wendet sich gegen die Auslegung einer Ministerialverfügung, die zur Entlassung von Helfern geführt habe. Dieselben Wirtschaftskreise, die ständig den Abbau der Behörden fordern, protestieren immer, wenn gerade in ihrem Ort die Forderung verwirklicht wird. Der Redner bringt dann zahlreiche Beamtenbeschwerden aus einzelnen Direktionsbezirken vor.

Abg. Bruhn (Dnat.) begrüßt die Verbesserungen des Post- und Fernsprechbetriebes auf dem flachen Lande. Auf diesem Gebiete müsse noch mehr geleistet werden, besonders im Ausbau des Kraftpostwesens. Hier dürfe nicht die Rentabilität einer Linie maßgebend sein, wenn es sich um die Erschließung schwachbevölkerter Gebiete handelt. Die Entwicklung des Rundfunks sei erfreulich. Der Redner verlangt stärkere Heranziehung von Handwerk und Gewerbe bei der Vergebung von Aufträgen und Lieferungen seitens der Reichspost. Besonders in den gefährdeten Grenzgebieten, beispielsweise in Gumbinnen, sei die Aufhebung der Oberpostdirektionen sehr bedenklich. (Zurufe: „Sie haben doch die Verwaltungsreform verlangt.") Der Redner spricht dem Minister das Vertrauen seiner Fraktion aus und wendet sich gegen den von den Kommunisten eingebrachten Mißtrauensantrag, der mit der Postgebührenerhöhung begründet worden ist.

Abg. Allekotte (Zentr.) erklärt, die bisherige Entwicklung des Postbetriebes sei ein Beweis für die Notwendigkeit des Fortbestandes des Postfinanzgesetzes. Der Redner weist die Meinung zurück, daß bei der Post noch zu viele Beamte beschäftigt seien. Von der Post dürfe nicht eine Verzinsung des vom Reich gelieferten Kapitals nach rein kaufmännischen Grundsätzen gefordert werden. Die Post erfülle doch neben ihrem eigentlichen Betriebszweck eine ganze Reihe von Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit.

Abg. Dr. Cremer (DVp.) betont, im abgelaufenen Jahre habe der Postbetrieb sich manchen Bedürfnissen und Wünschen des Publikums besser angepaßt und auch einen besseren finanziellen Ertrag gebracht als früher. Bedenklich sei die Verzögerung der Durchführung des Fernsprechbauprogramms, vor allem auf dem flachen Lande. Die Verkraftung des Landbestelldienstes dürfe nicht etwa zu einer Aufhebung der Postagenturen und dadurch zu einer Gefährdung des Briefgeheimnisses führen. Der Telegrammbestelldienst müsse modernisiert werden. Im Zeichen des Motorrades müsse hier eine Beschleunigung möglich sein. Die Besserung der Postfinanzen sei leider erkauft worden durch eine Verkehrssteuer in Form von Portoerhöhungen. Für ihre werbenden Anlagen hätte die Post mehr den Anleihemarkt in Anspruch nehmen sollen.

Abg. Schuldt-Steglitz (Dem.) bemängelt, daß sich eine unmittelbare Wirkung der Rationalisierung auf Wirtschaft und Allgemeinheit nicht gezeigt habe. Vielmehr habe man im Oktober eine Portoerhöhung vorgenommen. Die Preispolitik der Post habe sich in keiner Weise von der schädlichen Steuer- und Zollpolitik der Reichsregierung unterschieden. Angesichts der Finanzlage der Reichspost mißbilligt der Redner die Erhöhung der Ablieferung an das Reich auf 100 Millionen. Dem Reichstag müsse wieder eine größere Einwirkungsmöglichkeit auf die Postverwaltung gegeben werden.

Abg. Torgler (Komm.) beantragt die Aufhebung des Postfinanzgesetzes, das nur die Verschleierung der Transaktionen der Post erleichtere. Bei vernünftiger Finanzwirtschaft wäre die Portoerhöhung unnötig gewesen.

Abg. Mollath (Wirtsch. Vgg.) bemängelt die Geschäftsordnung und Verfassung des Verwaltungsrats der Reichspost. Dadurch werde den Reichstagsabgeordneten im Verwaltungsrat der notwendige Einfluß genommen. Die Reichspost habe jährlich als unmittelbare Reparationsleistung an die Reichsbahn 127 Millionen abzuführen für die Beförderung von Postsachen. Daraus ergebe sich die große Gefahr, daß schon die kleinste Tariferhöhung der Reichsbahn zu weiteren Gebührenerhöhungen bei der Post führt. Darum sei es auch falsch, schon eine Ablieferung von hundert Millionen an das Reich in den Etat einzustellen. Die Fernsprechgebühren müßten zugunsten der Wenigsprecher ermäßigt werden. Der im Verwaltungsrat angenommene Antrag auf stärkere Berücksichtigung des ortsansässigen Gewerbes bei Lieferungen müsse praktisch durchgeführt werden.

Abg. Schmidt-Stettin (Dn.) verlangt, daß die bei der Verabschiedung der Besoldungsordnung angenommen Entschließungen unbedingt durchgeführt werden.

Abg. Gerauer (Bayr. Bp.) verlangt besseren Bestelldienst auf dem flachen Lande.

Reichspostminister Schätzel

stellt fest, daß seit dem Bestehen des Postfinanzgesetzes die Reichspost ihr Vermögen um 700 Mill. erhöht habe. Das Gesetz habe sich durchaus bewährt und der Verwaltung die notwendige Beweglichkeit gegeben. Vom Standpunkt des Postministers wäre es bequemer, wenn die Post wieder in den allgemeinen Reichshaushalt eingefügt würde, aber vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus ist das jetzige Verhältnis zweckmäßiger. Als rein kaufmännisches Unternehmen ist die Post nicht denkbar, wenn sie nicht große ohne Gewinn arbeitende Betriebszweige ganz aufgeben soll. Die Ablieferung der hundert Millionen an das Reich war notwendig, denn die Post kann bei der Deckung der großen Reichsausgaben nicht abseits stehen. Die Portoerhöhung hat zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten nicht geführt.

Wenn einzelne Firmen ihre Reklamedrucksachen von Oesterreich aus versandten, so mußten sie erleben, daß diese Drucksachen Reklamestempel für österreichische Waren trugen. Die Rationalisierung des Betriebes hat seit 1920 dazu geführt, daß ohne stärkere Anspannung des Leistungsmaßes der Beamten und bei großer Steigerung des Verkehrs doch das Personal um 98 000 Kräfte vermindert werden konnte. Wir wollen keineswegs das Berufsbeamtentum durch Arbeitseinstellungen zurückdrängen. Ich lege Wert auf Arbeitsfreude beim Personal und wünsche nicht einen Kasernenton, sondern den Geist der Kameradschaft. Ich werde mich dafür stark machen, daß der Höflichkeitserlaß meines Amtsvorgängers im Verkehr der Vorgesetzten mit den Untergebenen durchgeführt wird. (Beifall.) Von einem Beamtenabbau in der Postverwaltung ist keine Rede.

Ich würde es begrüßen, wenn die Einstellung von Lehrlingen und Supernumeraren möglich würde. Ich wünsche auch angemessene Erhöhungen der Arbeiterlöhne. Im Kraftpostwesen sehe ich keine Einnahmequelle, sondern eine gemeinnützige Verkehrsverbesserung. Die Verkraftung des Landbestelldienstes wird jetzt durchgeführt. Eine Verletzung des Briefgeheimnisses ist dabei ausgeschlossen. Mißgriffe bei der Gesprächszählung sind zu bedauern, werden sich aber wie ganz vermeiden lassen. Den Breslauer Fall mißbillige ich, ich habe die Einstellung des Verfahrens veranlaßt. Die Vergebung des Druckauftrages für das Breslauer Fernsprechverzeichnis entsprang nicht politischen Gesichtspunkten; die Druckerei hat das Mindestgebot gemacht.

Damit schließt die Beratung.

Nach Ablehnung der kommunistischen Streichungsanträge wird auch das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Stimmen von drei anwesenden Kommunisten unter großer Heiterkeit abgelehnt.

Einstimmig wird der Antrag Mollath (Wirtsch. Vgg.) auf Ermäßigung der Fernsprechgebühren für Wenigsprecher angenommen und der Etat in zweiter Lesung erledigt.

Um 18¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend, 13 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben verschiedenen kleineren Vorlagen der Haushalt des Reichspräsidenten.

Hinchcliffe gilt als verloren.

* London. (Tel.) Die Hoffnungen, daß Kapitän Hinchcliffe und seine Begleiterin noch am Leben sein könnten, sind gestern in London so gut wie aufgegeben worden. Der bekannte Flieger Mac Intosh erklärte, daß der Grund für den überraschten Start Hinchcliffes vermutlich darin zu suchen wäre, daß zwölf ausländische Flieger sich für einen Atlantikflug vorbereiteten.